

Berlin will Hilfen für Zypern nicht allein Europas Steuerzahlern aufbürden

Berlin, 21.02.2013, 07:10 Uhr

GDN - In den Gesprächen über eine Rettung Zyperns will Deutschland offenbar verhindern, dass wieder einmal allein der Steuerzahler die Lasten dieser Hilfen trägt. Anders aber als bei anderen Schuldenländern mit einer Bankenkrise, lehne es die Bundesregierung derzeit ab, die maroden Teile dieser Geldhäuser in eine Bad Bank mit staatlicher Garantie einzubringen, die nur von der EU finanziert werde, während Aktionäre und Gläubiger der Altbank von den Gewinnen des gesunden Geschäfts profitierten, erfuhr die Tageszeitung "Die Welt" aus Regierungskreisen.

"Dieses Mal muss eine andere Lösung her." Gemeinsam mit den anderen Europäern wird deshalb nach einer anderen Rettungsmöglichkeit für die Geldhäuser der Insel gesucht. Zyperns eng mit Griechenland verbundene Banken sind in eine dramatische Schieflage geraten, weil sie in ihren Investmentportfolios große Bestände an Athener Staatsanleihen haben, die im Zuge der Umschuldungsaktionen dort rapide an Wert verloren. Dem Vernehmen nach sind für die Rettung dieser Banken nun mehrere Optionen im Gespräch. Verhandlungskreise wiesen unter anderem auf das Beispiel Schwedens Anfang der 1990er-Jahre und zuletzt der Niederlande hin. Das Vorgehen der Schweden war radikal. Die Regierung garantierte einerseits zwar alle Bankeinlagen. Sie teilte die Problembanken auch in gute und schlechte Teile (Bad Bank), denen sie finanziell unter die Arme griff. Einige private Großbanken wurden aber vollständig verstaatlicht. Gleichzeitig bat die Regierung Schwedens für ihre Hilfe die alten Eigentümer der Banken zur Kasse. Für die hohen Hilfen, die der schwedische Staat dem Bankensystem des Landes gewährte, ließ er sich auch an anderen Kreditinstituten des Landes Anteile geben, um die Eigentümer zur Kasse zu bitten. Später wurden die Investments der Bad Banks teilweise sogar mit Gewinn verkauft. Schwedens Steuerzahler wurden damit weitgehend schadlos gehalten.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-8096/berlin-will-hilfen-fuer-zypern-nicht-allein-europas-steuerzahlern-aufbuerden.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619